

Beschluss der Landesmitgliederversammlung 26.01.2017



Lebenswertes Bremen – Die finanziellen Spielräume ab 2020 nachhaltig und generationengerecht nutzen

Die Einigung der Länder mit dem Bund für eine Neuordnung der Bund-Länder Finanzbeziehungen ist ein großer Erfolg für die rot-grüne Landesregierung. Ab dem Jahr 2020 wird unser Bundesland knapp 500 Mio. € mehr im Jahr mindestens bis zum Jahr 2035 zur Verfügung haben, davon müssen im Durchschnitt jährlich 80 Mio. € getilgt werden. Die Aufnahme von Krediten ist dann im Gegenzug nicht mehr möglich.

Bremen hat seit 2011 den Vertrag mit dem Stabilitätsrat erfüllt, die jährliche Kreditaufnahme in gleichen Schritten so zu senken, dass ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse im Grundgesetz eingehalten werden kann. Dafür erhielt Bremen bisher jährlich 300 Mio. € zur Senkung der Kreditaufnahme bzw. zur Schuldentilgung. Die Konsolidierungsanstrengungen Bremens und eine verantwortliche grüne Finanz- und Haushaltspolitik waren die Voraussetzung für die Bereitschaft von Bund und Ländern, Bremen und dem Saarland wegen der hohen Schuldenlast einen besonderen Belastungsausgleich zur Wahrung der Gleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland zuzugestehen. Nachdem 30 Jahre lang Bremens Finanzlage nahezu aussichtslos war, können wir nun mit der zugestandenen Hilfe Anschluss an die anderen Bundesländer zurückgewinnen und der nächsten Generation eine bessere Lage übergeben, als wir sie selbst übernommen haben.

Auch für das Jahr 2016 wird Bremen – anders als zunächst aufgrund der hohen Ausgaben für Flüchtlinge erwartet – den Sanierungsvertrag einhalten und im Mai 2017 vom Stabilitätsrat 300 Mio. € zugesprochen bekommen. Die nächste Herausforderung besteht darin, das auch 2017 zu erreichen. Dazu werden weiterhin niedrige Zinsen und bei Haushaltsaufstellung noch nicht bekannte Zahlungen des Bundes für Flüchtlinge, aber auch für den Ausbau von Kindergärten, beitragen.

Die Haushalte der Jahre 2018 und 2019 werden die letzten sein, die unter den strengen Sanierungsbedingungen aufgestellt werden müssen, also mit weiter sinkender Kreditaufnahme. Die Grünen werden dafür arbeiten, dass trotz strikter Ausgabedisziplin die notwendigen Ausgaben für eine gute Bildungspolitik, einen Ausbau der Kindertagesbetreuung, weitere Modernisierung unserer bürgernahen Verwaltung, Investitionen in den ÖPNV und den Klimaschutz und Anstrengungen für den sozialen Ausgleich erfolgen. In diesen Haushaltsjahren werden aber gleichzeitig die Weichen gestellt für die Jahre ab 2020, in denen Bremen und seine beiden Städten dann mehr Geld zur Verfügung haben werden, um in eine zukunftsfeste Entwicklung zu investieren. Es ist unbestreitbar, dass die jahrelange finanzielle Perspektivlosigkeit bis 2007 dazu geführt haben, dass einige Bereiche nicht ausreichend ausgestattet sind, ein Sanierungsstau aufgetreten ist und wir im Vergleich zu anderen Bundesländern eine schlechtere Ausstattung haben, die unseren Weg zu Wachstum, Wohlstand und Handlungsfähigkeit behindern. Seit unserer Regierungsbeteiligung mussten wir dann einen Sanierungskurs fahren, um Bremen eine neue Perspektive zu verschaffen; deshalb haben auch wir diese Mängel nicht beheben können. Das ist nun die Aufgabe, die wir vor allem durch Planung der Investitionen ab 2020 vorbereiten müssen.

Im Ausführungsgesetz zu den im Grundgesetz geregelten besonderen Hilfen für Bremen und Saarland steht, dass 400 Mio. € von Bremen vor allem zur Einhaltung der Schuldenbremse, d. h. eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Neuverschuldung einzusetzen sind. Darüber hinaus sollen sie zum einem Teil zur Schuldentilgung und in der Sache zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft eingesetzt werden. Dass Teile der von Bremen mit dem Bund und den anderen Ländern verhandelten 400 Mio. Euro ab 2020 verbindlich in die Schuldentilgung fließen, bestätigt unsere bisherige Forderung nach dem Einstieg in eine generationengerechte Altschuldentilgung, die künftigen Generationen wieder mehr Möglichkeiten in den Haushalten aufgrund niedriger werdender Zinslasten verschaffen wird.

Die CDU hat jedoch in völliger Unkenntnis unserer Lage im Vergleich zu anderen Ländern schon verlangt, dass die 400 Millionen vollständig in die Schuldentilgung gehen sollen, und sich damit aus dem politischen Diskurs über eine sinnvolle Verwendung des Geldes verabschiedet.

Die „Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft“ hat die Große Koalition einseitig vor allem über abenteuerliche Großprojekte definiert (Space-Park und Konsorten).

Das ist nicht unsere Sichtweise, wir haben andere und bessere Ideen. Bremen und Bremerhaven werden dann wachsen und eine gute Lebensqualität bieten, wenn staatliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger verlässlich und attraktiv sind, wenn Schulen und Kindergärten ein hohes Niveau haben und dem sozialen Ausgleich dienen wenn ein guter ÖPNV den Weg weg von der Autogesellschaft fördert, Sportangebote locken, vielfältige und spannende Kultur unser Zusammenleben prägt und mitgestaltet, Universität und Hochschulen junge Menschen anziehen und es genug bezahlbaren Wohnraum gibt. Menschen und Unternehmen werden – wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind – gerne nach Bremen kommen, hier leben, gestalten und Arbeitsplätze schaffen. Dafür muss aber auch die wirtschaftliche Infrastruktur weiterentwickelt werden.

Für uns Grüne ist es unabdingbar, dass die politischen und finanziellen Schwerpunkte im nächsten Jahrzehnt eine kluge Mischung aus sogenannten weichen und harten Standortfaktoren sein sollen. Den Zeitraum bis 2020 wollen wir nutzen, um uns programmatisch so aufzustellen, dass wir zur Wahl 2019 anfassbar, erlebbar und konkret zeigen können, was den Unterschied macht. Wir wollen weder das ganze Geld in die Entschuldung stecken noch alles ausgeben.

Zur Vorbereitung der Schwerpunkte ab dem Jahr 2020 müssen in den nächsten drei Jahren Vorbereitungen getroffen werden, Konzepte erarbeitet, Defizite analysiert und für Investitionen Planungsmittel bereitgestellt werden.

Die Mitgliederversammlung fordert den Landesvorstand, die grünen Mitglieder des Senats und die Bürgerschaftsfraktion auf, bis zum Sommer dieses Jahres ein Konzept zur Beratung vorzulegen, das auf den folgenden Schwerpunkten aufbaut, sie präzisiert und ergänzt - damit können wir auch bereits erlebbar und konkret zeigen, was bei der Bürgerschaftswahl 2019 den Unterschied machen wird:

- Einen Sanierungsfahrplan für öffentliche Gebäude (...) in den Stadtteilen, der die Vorgaben für den Energiebedarf von Gebäuden bis 2050 berücksichtigt. Weiterhin ist vorzusehen, dass der Plusenergie-Standard bei Neubauten realisiert wird sowie die Nutzung von regenerativer Energie, insbesondere Photovoltaik, in Alt- und Neubauten.
- Ein Konzept für eine klimafreundliche Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden, Wohn- und Gewerbegebieten unter Berücksichtigung des Kohleausstiegs bis Mitte der 2020er Jahre.
- Eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Umbau der Straßenräume, um Platz für klimafreundliche Mobilität, insbesondere Fuß- und Radverkehr, zu schaffen,
- Mittel für notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen in Bremen und Bremerhaven einzuplanen.

- ein Konzept für ein Investitionsprogramm in Gebäude (Schulen, Kindergärten, Sporteinrichtungen, Kultureinrichtungen) in den Stadtteilen nach dem Vorbild des KPII und der Vorgabe deutlicher Energieeinsparungen in einer Größenordnung von 4 x 100 Mio. €. Soweit möglich, sollen in den Haushalten 2018/19 schon Planungsmittel vorgesehen sein, damit es im Jahr 2020 auch losgehen kann;
- eine Aufstockung der Mittel für den Erhalt und die nachhaltige Weiterentwicklung der Bremer Verkehrsinfrastruktur insbesondere Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV, Reparatur von Straßen und rücken, sowie Attraktivierung von Straßen, Wegen und öffentlichen Räumen;
- eine Offensive der Arbeitsförderung;
- eine Modernisierungsoffensive der öffentlichen Verwaltung beim Terminmanagement und Online-Zugang;
- eine schrittweise Angleichung der Ausstattung im Bereich Bildung, Inneres und Justiz an das Niveau der anderen Stadtstaaten. Vorrang soll zunächst eine bessere Bezahlung der heute in Bremen mit A 12 eingruppierten GrundschullehrerInnen sein;
- einen weiteren Ausbau von Ganztagschulen und einen Ausbau von KiTas zur Einhaltung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz;
- die Weiterentwicklung der sozialen Dienste in Richtung frühzeitiger Prävention durch umfassende, ressortübergreifende Zusammenarbeit im Stadtteil, damit Menschen in Notlagen so unterstützt werden, dass sie wieder ein Leben ohne Hartz IV führen können und Flüchtlinge einen Platz in unserer Gesellschaft finden.

Nachdem in Bremen über 15 Jahre die Steuereinnahmen von 1990 bis 2005 nahezu stagniert haben und damit steigende Anforderungen an den Staat nicht finanziert werden konnten, kam im Jahr 2009 der große Einbruch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise. Kaum erholt sich das Steueraufkommen, ertönt das große Steuersenkungsmantra als Wahlversprechen. Die Grünen werden sich an solch unseriösen Versprechen nicht beteiligen. Sich endlich stabilisierende Steuereinnahmen sind die Chance einer Ausstattung des Staates entsprechend seiner Aufgaben. Wir Bremerinnen und Bremer brauchen das.